

Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XIII
Literaturverzeichnis .....	XXI

<b>Teil I Grundlagen des Insolvenzverfahrens und die Besonderheiten beim Insolvenzverfahren natürlicher Personen .....</b>	<b>1</b>
1. Verfahrensziele und Grundregeln .....	1
1.1 Verfahrensziele .....	1
1.2 Grundregeln des Insolvenzverfahrens .....	6
1.2.1 Zuständigkeit innerhalb des Insolvenzgerichtes .....	6
1.2.2 Amtsermittlung .....	7
1.2.3 Sofortige Beschwerde .....	8
1.2.4 Veröffentlichung insolvenzgerichtlicher Entscheidungen .....	10
1.2.5 Verweis auf die Regelungen der Zivilprozessordnung .....	13
1.3 Besonderheiten beim Insolvenzverfahren natürlicher Personen .....	13
2. Statistische Eckpunkte zum Privatinsolvenzverfahren .....	15
2.1 Überblick über den Bedarf für ein Privatinsolvenzverfahren .....	15
2.2 Die Antragszahlen .....	17
3. Sinn, Zweck und Nutzen des Verfahrens .....	19
4. Das Verfahren im europäischen Vergleich .....	23
4.1 Die europäische Restschuldbefreiungswirkung .....	24
4.2 »Restschuldbefreiungs-Tourismus«? .....	25
4.2.1 Tatsächlicher Wohnsitzwechsel? – Maßnahmen gegen ausländische RSB .....	26
4.2.2 Missbrauchsprüfung .....	27
5. Die Reformen des Privatinsolvenzverfahrens .....	29
6. Die Einordnung des Schuldners in die richtige Verfahrensart .....	37
6.1 Wesentliche Unterschiede Regelinsolvenz-/Verbraucherinsolvenzverfahren im Verfahren natürlicher Personen .....	40
6.2 Abgrenzungen – Selbständige wirtschaftliche Tätigkeit .....	42
6.3 Unüberschaubarkeit/Forderungen aus Arbeitsverhältnissen .....	44
6.4 Beschwerde gegen Eröffnung in unzutreffender Verfahrensart? .....	46

<b>Teil II Das Verfahren bis zur Verfahrensaufhebung .....</b>	<b>47</b>
1. Das außergerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren – die »Scheiterns«bescheinigung im Verbraucherinsolvenzverfahren .....	48
1.1 Die geeignete Stelle/Person .....	50
1.2 Die »Scheiternsbescheinigung« .....	54
2. Die Antragstellung für das gerichtliche Verfahren .....	57
2.1 Eckpunkte des Verfahrens .....	58

2.1.1	Verhältnis Verbraucherinsolvenz-Regelinsolvenz . . . . .	58
2.1.2	Sondervorschriften . . . . .	59
2.2	Antragspflicht? . . . . .	60
2.3	Das Rechtsschutzbedürfnis für die Eigenantrag- und RSB-Antragstellung. . .	62
2.3.1	Zu wenig Gläubiger . . . . .	62
2.3.2	Zu wenig Schulden . . . . .	62
2.3.3	Das Zweitinsolvenzverfahren . . . . .	63
2.3.4	Erstverfahren ist ohne/mit RSB beendet. . . . .	67
2.4	Der Eigenantrag . . . . .	77
2.4.1	Der vollständige Antrag im Regelinsolvenzverfahren . . . . .	77
2.4.2	Der vollständige Antrag im Verbraucherinsolvenzverfahren . . . . .	84
2.4.3	Die Rücknahmefiktion. . . . .	86
2.5	Der Gläubigerantrag . . . . .	88
3.	Die Vorentscheidungen des Gerichtes vor der Eröffnung des Verfahrens . . . . .	95
3.1	Das Zustimmungs-Ersetzungsverfahren zum SBP (§ 309 InsO) . . . . .	96
3.1.1	Praxisrelevanz und Zukunft des Verfahrens. . . . .	96
3.1.2	Umsetzung des Schuldenbereinigungsplanverfahrens . . . . .	98
3.2	Exkurs: Die Stundung der Verfahrenskosten gem. §§ 4a ff. InsO. . . . .	104
3.2.1	Antragstellung, Umfang . . . . .	104
3.2.2	Überprüfungsmöglichkeit. . . . .	109
3.2.3	»Öffnungsrechtsprechung« für Stundungsversagung bzw. -aufhebung .	113
3.2.4	Mitwirkung und ihre Grenzen . . . . .	119
3.2.5	Das Ehegatten-Einkommen und die Stundung der Verfahrenskosten . .	120
3.2.6	»Zurücklegungspflicht« des Schuldners? . . . . .	124
3.2.7	Einzelfragen zur Stundung der Verfahrenskosten . . . . .	124
3.2.8	Rückzahlung der gestundeten Beträge . . . . .	125
3.2.9	PKH-Vorschriften anwendbar/Beiordnung eines Rechtsanwaltes? . . .	128
4.	Kombinierte Eingangsentscheidung des Insolvenzgerichtes . . . . .	131
4.1	Zulässigkeitsprüfung. . . . .	133
4.1.2	Prüfung: Bereits erteilte RSB in Vorverfahren oder Versagung gem. § 297 InsO? . . . . .	133
4.1.3	Prüfung: Sperrfrist wegen vorheriger RSB-Versagung aufgrund anderer Vorschriften . . . . .	134
4.1.4	Umfang der gerichtlichen Prüfung . . . . .	134
4.2.	Vor-Prüfung möglicher Versagungsgründe . . . . .	136
4.3	Gerichtliches Vorgehen nach der Zulässigkeitsprüfung für den RSB-Antrag .	137
5.	Das vereinfachte eröffnete Verfahren, §§ 311 ff. InsO . . . . .	141
<b>Teil III Der Umfang der Masse . . . . .</b>		<b>145</b>
1.	Wirkungen der Verfahrenseröffnung . . . . .	146
1.1	Zeitpunkt der Wirkung der Eröffnung . . . . .	149
1.1.1	Bestimmung des Zeitpunkts des Eintritts der Eröffnungswirkung. . .	149
1.1.2	Maßgeblichkeit des Zeitpunktes für Rechtsmittel. . . . .	150
1.2	Beispiele der Wirkungsentfaltung . . . . .	151

1.2.1	Unwirksame Rechtserwerbe nach Eröffnung .....	152
1.2.2	Vollstreckungsstopp .....	159
1.2.3	Vertragswirkungsbegrenzungen .....	160
1.2.4	Abtretungsbegrenzung (§ 114 InsO) .....	168
1.3	Anmeldung von Forderungen .....	171
1.3.1	Wer meldet was an? .....	171
1.3.2	Verfahren .....	174
1.3.3	Die Feststellungsklage (§§ 179, 180, 182, 189 InsO) .....	177
1.3.4	Nachrangige Insolvenzgläubiger .....	180
2.	Massebeschlagnahme und Vollstreckungsverbote .....	180
2.1	Der Umfang des Insolvenzbeschlagnahmes .....	180
2.1.1	Die Reform des Kontenpfändungsschutzes - das »p-Konto« .....	182
2.1.2	Umfang des Regelungsgegenstandes von § 36 und regelhafte Fälle ....	193
2.1.3	Einwendung (i. d. R. eines Dritten) gegen Vollstreckungen aufgrund des Eröffnungsbeschlagnahmes (§ 148 Abs. 2 Satz 2 InsO) .....	229
2.1.4	Das Problem des »weiterwirtschaftenden« selbständigen Schuldners (§ 35 InsO) .....	234
2.1.5	Die Möglichkeit von »Freigaben« zur Reduzierung von Masseverbind- lichkeiten in anderen Fällen .....	267
2.1.6	Die Insolvenz von »Kammerberuflern« .....	270
2.1.7	Unterhalt/Arbeitseinkommen/massezugehörige Ansprüche im Übrigen	282
2.1.8	Die Nachtragsverteilung .....	290
2.2	Umfang der Einstellung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen .....	293
2.2.1	Systematik des § 89 InsO .....	293
2.2.2	Zweifelhafte Vollstreckungsmaßnahmen .....	296
2.2.3	Ausnahmen für das Vollstreckungsverbot .....	300
2.2.4	Die Zuständigkeit für Vollstreckungseinwendungen .....	306
2.3	Pflichten und Rechte des Schuldners bzw. seiner organschaftlichen Vertreter bei gerichtlichen Zwangsmitteln .....	307
2.3.1	Die Postsperrung (§ 21 Abs. 1 Nr. 4 InsO bzw. §§ 99, 101 Abs. 1 Satz 1, 102 InsO) .....	308
2.3.2	Der Haftbefehl (§§ 20 Abs. 1; 21 Abs. 3, 22 Abs. 3, Satz 3, 2. Hs. bzw. §§ 97, 98, 101 InsO) .....	309
2.3.3	Die Durchsuchung .....	314
<b>Teil IV Das Restschuldbefreiungsverfahren .....</b>		<b>316</b>
1.	(Isolierter) Restschuldbefreiungsantrag des Schuldners? .....	320
1.1	Kombination Eigenantrag – RSB-Antrag gesetzlich vorgeschrieben. ....	320
1.2	RSB-Antrag und Gläubigerantragsverfahren .....	321
2.	Die Ankündigung der Restschuldbefreiung und die Wohlverhaltensphase. ....	324
2.1	Grundfragen .....	324
2.1.1	Allgemeines .....	324
2.1.2	Verfassungsmäßigkeit .....	325
2.1.3	Möglichkeiten der vorzeitigen Erteilung der Restschuldbefreiung. ....	326
2.1.4	Abgrenzung §§ 290/295 InsO – die Pflichtenkreise .....	343

2.1.5	Der Treuhänder der Wohlverhaltensphase	349
2.2	Versagung der Restschuldbefreiung gem. § 290 InsO	350
2.2.1	Grundsätzliches	350
2.2.2	Die Versagungsgründe gem. § 290 Abs. 1 InsO im Einzelnen	365
3.	Versagung der Restschuldbefreiung gem. §§ 295, 296, 297, 298 InsO (Wohlverhaltensperiode)	388
3.1	Generelles	388
3.1.1	Die Wohlverhaltensphase	388
3.1.2	Der Versagungsantrag	389
3.2	Versagung gem. § 295 InsO	390
3.2.1	Die Obliegenheitsverletzung gem. § 295 Abs. 1 Nr. 1 InsO	390
3.2.2	Die Obliegenheitsverletzung gem. § 295 Abs. 1 Nr. 2 InsO	397
3.2.3	Die Obliegenheitsverletzung gem. § 295 Abs. 1 Nr. 3 InsO	400
3.2.4	Die Obliegenheitsverletzung gem. § 295 Abs. 1 Nr. 4 InsO	405
3.3	Die Benachteiligung der Gläubiger (§ 296 InsO)	405
3.3.1	Befriedigungs-Beeinträchtigung	405
3.3.2	Glaubhaftmachung und Verschulden	407
3.4	Heilung	409
3.5	Obliegenheitserfüllungsversicherung gem. § 296 Abs. 2 InsO –Versagung mit oder ohne Antrag	410
3.6	Verdienst des selbständig tätigen Schuldners (§ 295 Abs. 2 InsO)	414
3.6.1	Der abzuführende Betrag ohne Freigabe	414
3.6.2	Der abzuführende Betrag bei Freigabe – Ermittlung im eröffneten Verfahren	416
3.6.3	Der abzuführende Betrag bei Freigabe – Ermittlung in der Wohlverhaltensphase	417
3.6.4	Kontrollpflichten des Treuhänders in der Wohlverhaltensphase	421
3.7	Versagung gem. § 297 InsO	422
3.8	Versagung gem. § 298 InsO	423
3.9	Zuständigkeit für Erteilung der RSB und Folgen einer Versagung	425
3.10	Streitwert im RSB-Versagungsverfahren	425
4.	Probleme bei Forderungen gem. § 302 InsO	426
4.1	Ausgangslage – Anmeldung	426
4.2	Was kann als Forderung gem. § 302 InsO geltend gemacht werden?	430
4.2.1	Tatbestandsbeispiele	430
4.2.2	Nebenforderungen von RSB erfasst?	433
4.3	Der Widerspruch des Schuldners – § 184 InsO – gegen das Attribut	436
4.3.1	Regelabfolge/Wirkung	436
4.3.2	Belehrung	438
4.3.3	Widerspruch-Verfahrensablauf	439
4.3.4	Umkehrung der Klagpflicht bei Titulierung	440
4.3.5	Was gilt als »Titel« im Sinne des »Attributes«?	442
4.4	Die Feststellungsklage	445
4.4.1	Klagfrist und Reichweite der Feststellungsklage	445
4.4.2	Zuständigkeit für Feststellungsklage?	447

4.4.3 Streitwert? .....	448
4.4.4 Verjährung .....	449
4.4.5 Kostenerstattung für Feststellungsklage .....	451
4.5 Die Folgen des Widerspruchs bzw. seiner Nicht-Erhebung .....	452
5. Die Dauer der Wohlverhaltensphase .....	453
5.1 Allgemeines. ....	453
5.2 »Überschießen« des eröffneten Verfahrens über die gesetzlich vorgesehene Dauer der Wohlverhaltensperiode .....	454
5.2.1 Termin zur Stellung von Versagungsanträgen .....	454
5.2.2 Welche Versagungsgründe können geltend gemacht werden? .....	455
5.2.3 Insolvenzbeschluss und Abtretungserklärung nach Erteilung der RSB ..	456
6. Vollstreckungen in der Wohlverhaltensperiode .....	459
7. Erteilung, Wirkung und Widerruf der erteilten Restschuldbefreiung. ....	461
7.1 Erteilung der Restschuldbefreiung. ....	461
7.2 Wirkung der RSB .....	462
7.3 Durchsetzung der RSB .....	463
7.4 Widerruf der Restschuldbefreiung. ....	463
<b>Teil V Die Möglichkeiten der Eigenverwaltung .....</b>	<b>465</b>
1. Generelles zum Verfahren .....	465
1.1 Anwendungsbereich .....	465
1.2 Schutzschirmverfahren .....	466
1.3 Vor- und Nachteile .....	466
2. Voraussetzungen der Anordnung und Ablauf .....	467
2.1 Zeitpunkt der Anordnung. ....	467
2.2 Antragstellung. ....	470
2.3 Masseverbindlichkeiten im Eröffnungsverfahren bei Eigenverwaltung. ....	470
2.4 Weiterer Verfahrensablauf .....	471
<b>Teil VI Überblick über das Insolvenzplanverfahren .....</b>	<b>473</b>
1. Ziele und Grenzen des Planverfahrens. ....	473
1.1 Erweiterung der Zielgruppe .....	473
1.2 Rechtliche Stellung des Insolvenzplanes .....	476
1.3 Vorteile und Risiken des Insolvenzplanverfahrens .....	477
2. Die Plangestaltung .....	477
2.1 Darstellender und gestaltender Teil .....	477
2.2 Gruppenbildung .....	479
2.3 Planwirkung .....	480
3. Ablauf des Planverfahrens .....	482
3.1 Anhörungen und Termin .....	482
3.2 Abstimmung. ....	482
3.3 Versagung oder Bestätigung und Rechtsmittel. ....	483
3.4 Aufhebung und Nachwirkungen .....	485

Anhang 1	Entwurf eines Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte - BT-Drucks. 17/11268.....	489
Anhang 2	Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses - BT-Drucks. 17/13535.....	579
Anhang 3	Berufsgrundsätze der Insolvenzverwalter – Verband Insolvenzverwalter Deutschlands e. V. ....	629
Anhang 4	Grundsätze ordnungsgemäßer Insolvenzverwaltung (GOI) – Verband Insolvenzverwalter Deutschlands e. V. ....	634
Anhang 5	Gesetzlicher Antragsbogen Verbraucherinsolvenz. ....	646
	Stichwortverzeichnis.....	689